

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Behm, Alexander Bonde,  
Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/952 –**

### **Kürzungen bei der Finanzierung der Entwicklung Ländlicher Räume verhindern**

#### **A. Problem**

Auf Grund der Finanziellen Vorausschau 2007 bis 2013 für den Europäischen Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) wird Deutschland ca. 37 Prozent weniger Mittel als bisher erhalten. Dies ist nach Auffassung der Antragsteller der spezifisch deutschen Verhandlungsstrategie zuzuschreiben, womit die parteiübergreifend als zukunftsweisend anerkannte ELER-Verordnung Makulatur sei. Erforderlich sei daher ein Konzept zur Kompensierung der fehlenden EU-Mittel auf nationaler Ebene. Die Bundesregierung wird daher zu einer Reihe von Maßnahmen aufgefordert, insbesondere zur Kompensierung der Kürzungen durch eine entsprechende Erhöhung der GAK-Mittel (GAK: Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“).

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU,  
SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **C. Alternative**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/952 abzulehnen.

Berlin, den 20. September 2006

### **Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

**Ulrike Höfken**  
Vorsitzende

**Marlene Mortler**  
Berichterstatterin

**Holger Ortel**  
Berichterstatter

**Hans-Michael Goldmann**  
Berichterstatter

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstatterin

**Cornelia Behm**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Marlene Mortler, Holger Ortel, Hans-Michael Goldmann, Dr. Kirsten Tackmann und Cornelia Behm

### 1. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/952** in seiner 37. Sitzung am 1. Juni 2006 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Tourismus sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### 2. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nachdem Deutschland auf Grund der Finanziellen Vorausschau 2007 bis 2013 für den Europäischen Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) rund 37 Prozent weniger Mittel als für die Vorläuferprogramme der sog. 2. Säule in der laufenden Förderperiode erhalten wird, ist zu befürchten, dass eine Vielzahl erfolgreicher Förderprogramme in diesem Bereich eingestellt werden. Diese Kürzungen, die in einer Reihe anderer Mitgliedstaaten vermieden werden konnten, seien der spezifisch deutschen Verhandlungsstrategie zuzuschreiben. Damit sei die parteiübergreifende als zukunftsweisend anerkannte ELER-Verordnung hinfällig.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, die Kürzungen bei den ELER-Mitteln für Deutschland durch eine entsprechende Erhöhung der GAK-Mittel zu kompensieren, sofern die Kürzungen nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten, oder von der Option zur fakultativen Modulation von der 1. auf die 2. Säule der europäischen Agrarpolitik Gebrauch zu machen.

### 3. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 24. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage in seiner 14. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage in seiner 19. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 16. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und die Ablehnung mit den Stimmen der Frak-

tionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage in seiner 14. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 14. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 22. Sitzung am 28. Juni 2006 beraten und die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen.

### 4. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Seitens der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wurde auf die erheblichen Kürzungen hingewiesen, die als Folge der von der Bundeskanzlerin herbeigeführten europäischen Einigung über die Finanzielle Vorausschau für die Jahre 2007 bis 2013 für den ländlichen Raum zu erwarten seien. Eine Vielzahl erfolgreicher Programme in diesem Bereich sei bereits eingestellt worden. Bei weiteren sei dies zu befürchten. Da auch die Mittel zur europäischen Agrarpolitik nicht erhöht, sondern vielmehr gekürzt worden seien, biete sich als Kompensation nur noch an, von der auf EU-Ebene vorgesehenen Option zur fakultativen Modulation von der 1. auf die 2. Säule Gebrauch zu machen.

Seitens der **Fraktion DIE LINKE.** wurde Unterstützung des Antrags signalisiert, da er auf die großen finanziellen Probleme in diesem Bereich aufmerksam mache. Offen sei aber noch, ob die fakultative Modulation der richtige Weg sei. Für ein besseres Förderinstrument halte man sog. Regionalfonds, in denen dann vor Ort entsprechend den politischen Vorgaben entschieden werden könnte.

Die Abgeordnete Dr. Christel Happach-Kasan hob ebenfalls kritisch hervor, dass die Bundeskanzlerin durch ihre Mitwirkung an der Kompromissfindung auf EU-Ebene zu der erheblichen Kürzung der Mittel für den ländlichen Raum beigetragen habe. Allerdings halte sie es für falsch, sich von der GAK Hoffnung zu machen, da – wie man wisse – gerade die Länder, in denen der ländliche Raum von Bedeutung sei, in der Regel die vollen GAK-Mittel nicht ausschöpfen könnten, da sie ihren Kofinanzierungsanteil nicht leisten könnten. Auch sei die Option zur fakultativen Modulation der falsche Weg, da gerade die gut strukturierten Betriebe auf die Mittel aus der 1. Säule angewiesen seien. Richtig sei es, die Transparenz bei den Empfängerstrukturen zu verbessern.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** führten dazu aus, dass neben der sog. ELER-Verordnung auch die EFRE- und ESF-Mittel dem ländlichen Raum zu Gute kämen. An dieser Gesamtbetrachtung fehle es. Die Stärkung des ländlichen Raums könne nur dadurch erreicht werden, wenn man die 1. und 2. Säule nicht isoliert voneinander betrachte.

Nationale Alleingänge seien nicht zielführend. Die Modulation jetzt hier ins Spiel zu bringen, halte man insofern für falsch. Im Übrigen seien die GAK-Mittel noch massiv von der früheren Bundesministerin Renate Künast gekürzt worden. Jetzt seien die Länder am Zuge, was die Planungen und den Einsatz ihrer Finanzmittel betreffe.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 16/952 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Berlin, den 20. September 2006

**Marlene Mortler**  
Berichterstatlerin

**Holger Ortel**  
Berichterstatler

**Hans-Michael Goldmann**  
Berichterstatler

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstatlerin

**Cornelia Behm**  
Berichterstatlerin